

Obama forciert Gesundheitsreform

Der US-Präsident plädiert für «staatlich kontrollierten Marktplatz»

Im US-Kongress werden verschiedene Gesetzentwürfe zur Reform des Gesundheitswesens diskutiert. Sie bleiben aber hinter wichtigen Vorgaben des amerikanischen Präsidenten zurück.

ctg. Washington, 20. Juni

Die Diskussion über eine umfassende Gesundheitsreform in Amerika ist in vollem Gange: Präsident Barack Obama lässt in diesen Tagen kaum eine Gelegenheit verstreichen, für einen Umbau des Gesundheitswesens zu werben mit dem Ziel, die rund 46 Mio. Nichtversicherten in einer Krankenversicherung unterzubringen. Doch es zeigt sich, dass dies trotz der Unterstützung der Demokraten im Kongress kein leichtes Unterfangen ist. Gesetzentwürfe, die derzeit herumgereicht werden, verfehlen nicht nur das Ziel der Ausdehnung des Versicherungsschutzes, sie würden auch zusätzliche Kosten von Hunderten von Milliarden Dollar verursachen.

Gesundheitskosten belasten Wirtschaft

Vor den Mitgliedern der amerikanischen Ärztevereinigung wiederholte Obama diese Woche, weshalb die Reform trotz der Wirtschaftskrise keinen Aufschub dulde: «Wir geben jährlich 2 Bio. \$ für die Gesundheitsversorgung aus, fast 50% mehr pro Kopf als im zweit teuersten Land. Trotzdem sind viele Menschen unversichert, die Qualität der Versorgung ist oft schlechter, und wir sind auch nicht gesünder.» Die hohen Kosten seien eine Bedrohung für die Wirtschaft, weil sie Familien und Unternehmen immer stärker belasteten. «Und es ist eine tickende Zeitbombe für unseren Haushalt», sagte Obama. Eine Reform sei darum kein Luxus, sondern schiere Notwendigkeit. Am Ende des Wegs müsse ein Gesundheitswesen stehen, in dem die Kosten dauerhaft gesenkt seien und jeder Amerikaner einen nicht zu teuren Zugang zu einer qualitativ guten Versorgung habe.

Nach den Worten Obamas besteht über wichtige Grundsätze des Reformvorhabens bereits Einvernehmen: Medizinische Berichte und andere Daten sollen künftig nur noch elektronisch erfasst und aufbewahrt werden, nicht mehr auf Papier. Auf diese Weise liessen sich Milliarden von Dollars sparen; ausserdem müsse mehr Geld in die Gesundheitsvorsorge investiert wer-

den, um Krankheiten zu verhindern. Überdies müsse die Bezahlung von Ärzten und Krankenhäusern geändert werden. In der Behandlung von chronischen Erkrankungen beispielsweise solle nicht mehr jede einzelne Massnahme gesondert abgerechnet werden, sondern es sollten dafür «Behandlungsbündel» gebildet werden. Obama bekräftigte sein Plädoyer für die Schaffung eines staatlich kontrollierten Marktplatzes für Krankenversicherungen, auf dem bestehende private Versicherer mit einer neu zu gründenden staatlichen Krankenversicherung konkurrieren sollen. Es gehe ihm überhaupt nicht um die Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Aber er will eine bezahlbare Krankenversicherung in der Reichweite von Millionen amerikanischer Bürger bringen. Eine staatliche Option könne hier helfen.

Zusätzliche Belastungen für das Budget

Unterdessen haben Pläne des Senats einen empfindlichen Dämpfer erhalten: Das von den beiden demokratischen Senatoren Edward Kennedy und Christopher Dodd entworfene Reformpaket würde nach ersten Berechnungen des überparteilichen Haushaltsbüros im Kongress auf Sicht von zehn Jahren nicht nur rund 1 Bio. \$ kosten, sondern im Saldo auch rund 36 Mio. Amerikaner ohne Krankenversicherung zurücklassen. Zwar würden durch die Schaffung einer Börse für Krankenversicherungen, wie sie Kennedy und Dodd vorgesehen haben, rund 39 Mio. Menschen zusätzlich eine Versicherung erhalten; es sei aber damit zu rechnen, dass die Zahl jener, die über ihren Arbeitgeber krankenversichert sind, um 15 Mio. sinken werde. Die Zahl derer, die auf andere Weise versichert sind, werde um 8 Mio. sinken, schätzen die Fachleute des Congressional Budget Office (CBO).

Derzeit deutet viel darauf hin, dass eine Krankenversicherung künftig verpflichtend für alle Amerikaner gemacht werden soll. Direkte staatliche Zuschüsse würden jenen gewährt, die zu viel verdienen, um über die staatliche Krankenversicherung für Bedürftige abgesichert zu sein, aber zu wenig, um sich selbst versichern zu können. Im Gespräch sind gestaffelte Zuschüsse für jene Bürger, die höchstens das Vierfache der Armutsgrenze verdienen. Für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei minderjährigen Kindern liegt die Armutsgrenze derzeit bei 21 834 \$ im Jahr. Die Zuschüsse könnten zumindest teilweise finanziert werden aus Zahlungen in einen staatlichen Topf von jenen Unternehmen, die ihren Mitarbeitern keine Krankenversicherung anbieten.

Steuererhöhungen zur Finanzierung

Wesentliche Teile der Finanzierung der Gesundheitsreform sind gleichwohl noch völlig unklar. Obama hat vorgegeben, dass es nicht zu zusätzlichen Belastungen für die öffentlichen Haushalte kommen darf. Im Gespräch ist, die Strafsteuer auf Entnahmen von den steuerlich geförderten «Gesundheitssparkonten» zu erhöhen, wenn das Geld nicht zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit ausgegeben wird. Im Repräsentantenhaus wird über zusätzliche Einnahmequellen nachgedacht, unter anderem über die Einführung einer landesweiten Mehrwertsteuer auf Waren und Dienstleistungen, wie es sie in vielen anderen Ländern gibt.

Bergbaukonzern Xstrata schiebt auf Anglo American

Berichte über 50-Milliarden-Euro-Offerte

London, 21. Juni. (sda/Reuters) In der Bergbaubranche bahnt sich eine Milliardenübernahme an. Der international tätige Bergbaukonzern Xstrata mit Sitz in Zug hat seinem Konkurrenten Anglo American ein Kaufangebot gemacht, wie beide Konzerne am Sonntag bestätigten. Die Gespräche seien jedoch noch in einem sehr frühen Stadium und müssten nicht zwingend zu einer Transaktion führen. Details gaben die beiden Konzerne nicht bekannt. Zuvor hatte die Zeitung «Sunday Telegraph» berichtet, Xstrata habe seinem Konkurrenten ein knapp 50 Mrd. € schweres Übernahmeangebot vorgelegt. Xstrata-Konzernchef Mick Davis sei in der vergangenen Woche mit dem Vorhaben schriftlich an das Direktorium des britisch-südafrikanischen Rivalen herangetreten.

Auch die «Sunday Times» berichtete von der geplanten Transaktion. Laut der Zeitung sollen die beiden Grossaktionäre und Finanzinvestoren Black Rock und Capital Group Druck auf Xstrata ausgeübt haben. Eine Xstrata-Sprecherin wollte den Bericht nicht kommentieren. Xstrata sieht in Anglo bereits seit Jahren einen attraktiven Partner. Spekulationen über einen Zusammenschluss der beiden Unternehmen kamen erneut auf, nachdem die zwei grösseren Rivalen BHP Billiton und Rio Tinto kürzlich eine Zusammenlegung ihrer Eisenerzaktivitäten bekanntgegeben hatten. Eine Übernahme von Anglo American durch Xstrata könnte jedoch auf Ablehnung der südafrikanischen Regierung stossen, die zu den Grossaktionären des Bergbaukonzerns zählt.

Wirtschaft im Gespräch

Keine Furcht vor wachsendem Inflationsdruck

Bill Dudley, Präsident der Fed New York, bleibt gelassen

ctg. Washington, im Juni

Die Fussstapfen, in die Bill Dudley vor einigen Monaten getreten ist, hätten kaum grösser sein können. Sein Vorgänger im Amt des Präsidenten der Federal Reserve Bank von New York ist Tim Geithner, der sich in den Turbulenzen des Finanzmarkts als führender Krisenmanager profiliert hatte und in der Folge von Barack Obama zum amerikanischen Finanzminister ernannt wurde. Als sich der Wechsel Geithners von New York nach Washington abzeichnete, war Dudley schnell als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge genannt worden.

Zu diesem Zeitpunkt leitete der Ökonom, der Anfang der achtziger Jahre an der Eliteuniversität Berkeley in der Nähe von San Francisco promoviert hatte, die sogenannte Markets Group der Fed. In dieser Funktion war er für die Geschäfte des US-Notenbanksystems mit den Finanzmarkt-Akteuren in New York verantwortlich. Dudley selbst meint, dass seine genauen Kenntnisse des Marktgeschehens und die Erfahrungen mit den zahlreichen neuen Liquiditäts-Instrumenten der Notenbank vermutlich den Ausschlag für seine Berufung auf den prestigeträchtigen Posten und die Entscheidung gegen externe Bewerber gegeben haben. Im Gespräch gibt sich der Währungshüter freundlich und humorvoll, lässt es aber dennoch nicht am notwendigen Selbstbewusstsein fehlen. Das wird spätestens dann deutlich, wenn er die Politik des Fed-Vorsitzenden Ben Bernanke kritisiert: Es habe sich als Fehler erwiesen, zuzuschauen, wie sich spekulative Blasen an den Börsen, im Immobiliensektor und an anderen Märkten bildeten, und erst nach deren Platzen zur Rettung des Finanzsystems und der Wirtschaft zu schreiten. Für die Zukunft müsse ein Weg gefunden werden, um solchen Übertreibungen vorzubeugen, sagt Dudley. Dies sei nicht allein Aufgabe der Geldpolitik, fügt er hinzu, sondern müsse auch die Finanzpolitik und die Börsenaufsicht umschliessen.

Zur Fed kam der 56-Jährige erst im Januar 2007. Davor war er viele Jahre für die Investmentbank Goldman Sachs tätig gewesen, unter anderem als Wechselkurs-Fachmann, zuletzt zehn Jahre lang als Chef-Volkswirt mit Fokus auf dem US-Markt. Das unpräzise Auftreten Dudleys darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass er eine der wichtigsten und einflussreichsten Funktionen im amerikanischen Zentralbanksystem innehat. Als Präsident der Fed von New York ist er Vize-



Es müsse ein Weg gefunden werden, um Blasenbildungen an den Märkten entgegenzutreten, meint Geithner-Nachfolger Bill Dudley.

Vorsitzender des geldpolitischen Rates und Stellvertreter Ben Bernankes. Und er ist von der Rotation der Stimmrechte ausgenommen, der sich die übrigen elf Präsidenten der regionalen Federal-Reserve-Banken regelmässig zu fügen haben. Das ist durchaus sinnvoll, denn die New Yorker Bank hat in Bezug auf die Offenmarktgeschäfte eine besondere Stellung im Notenbanksystem.

Dudley, daran lässt er keinen Zweifel, ist sich der grossen Herausforderungen bewusst, welche die Fed in den kommenden Monaten und Jahren zu bewältigen haben wird. Zusammen mit seinen Kollegen im geldpolitischen Ausschuss zerbricht er sich derzeit den Kopf über mögliche Exit-Strategien, namentlich die Frage, wie der geldpolitische Kurswechsel gestaltet werden soll, der das Ende der krisenbedingten Überflutung von Markt und Wirtschaft mit zusätzlicher Liquidität einläutet. Vor einer allfälligen Erhöhung des Leitzinses, so sagt Dudley, müsse die Rückführung der verschiedenen Kreditfazilitäten stehen, die zur Überwindung der Finanzmarkturbulenzen neu geschaffen worden sind.

Besonders besorgt darüber, dass die Inflation als Folge der lockeren Geldpolitik aus dem Ruder laufen könnte, ist er derzeit allerdings nicht. Dudley, der scharf analysiert und druckreif formuliert, meint, es stimme zwar, dass die Geldmenge mit grosser Geschwindigkeit wachse. Doch der Inflationsdruck sei gleichwohl gering, weil der Kreditkanal noch nicht wieder reibungslos funktioniere. Ausserdem hinke die Wirtschaft so weit hinter ihrem Potenzial her, dass praktisch kein Raum für Preis- und Lohnerhöhungen bestehe. Und doch vergisst der Notenbanker nicht, darauf hinzuweisen, dass die Fed ihre Rolle als Hüterin einer stabilen Währung äusserst ernst nehme und rechtzeitig gegensteuern werde.

Hochverschuldete Porsche weiter auf Geldsuche

Staatsbank KfW gegen Kreditbegehren

ctg. Frankfurt, 21. Juni

Die deutsche Staatsbank KfW hat sich gegen einen Kreditantrag von Porsche entschieden. Dies bestätigte Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in der «Bild am Sonntag». Damit seien die Chancen auf eine positive Entscheidung geringer geworden, sagte der Minister. Das letzte Wort hat ein aus Regierungsvertretern besetzter Lenkungsausschuss. Die hochverschuldete Porsche tut gut daran, alle Hebel in Gang zu setzen, um anderweitig Geld aufzutreiben. Mit dem Emirat Katar wird schon länger über eine Beteiligung an der Porsche Automobil Holding verhandelt. Dabei soll Porsche-Chef Wendelin Wiedeking eine Beteiligung von 29,9% ins Spiel gebracht haben. Die beiden Eigentümerfamilien Porsche und Piëch müssten ihre Macht fortan also teilen. Dem Aufsichtsratschef von VW, Ferdinand Piëch, der auch Miteigentümer von Porsche ist, wird aber nachgesagt, er sehe den Einstieg des Emirats kritisch. Piëch möchte Porsche als zehnte Marke in den Volkswagen-Konzern integrieren. Darüber hinaus hat er sich jüngst abschätzig über Porsche-Chef Wiedeking geäussert, doch wird dieser durch die Familie Porsche gestützt. In Magazinen wurde kolportiert, nicht nur Katar, sondern auch Daimler sei an Porsche interessiert. Daimler bezeichnete die Berichte als reine Spekulation. Der Firma drohen 2009 rote Zahlen. Damit stellt sich die Frage, woher das Geld für eine Beteiligung an Porsche kommen soll.

In die Bredouille geraten war Porsche durch den Kauf von 51% an VW und Kaufoptionen für weitere gut 20%. Die Nettoverschuldung ist dadurch auf 9 Mrd. € gestiegen. Die Schulden aus dem laufenden Geschäft zu bedienen, ist angesichts stark rückläufiger Umsätze und Erträge beim Verkauf von Sportwagen schwieriger geworden. Porsche plant eine Kapitalerhöhung von etwa 5 Mrd. €, wobei ein Teil durch die Familien und ein Teil durch einen externen Investor aufgebracht würde. Zusätzlich hat Porsche einen Kredit bei der KfW über 1,75 Mrd. € beantragt, um das operative Geschäft zu finanzieren. Die KfW soll bei ihrem negativen Votum moniert haben, es sei zu wenig klar, wofür Porsche das Geld einsetzen wolle. Es dürfe jedenfalls nicht für Aktienkäufe genutzt werden, hiess es. Zudem fordert die KfW einen genauen Plan, wie der Gesamtkredit von 12,5 Mrd. €, an dem sich mehrere Banken beteiligt haben, getilgt werden soll.

Laxey erlangt Mehrheit am Implenia-Konzern

Streit um Stimmrechtsbeschränkung

(ap) Der Baukonzern Implenia ist mehrheitlich im Besitz des britischen Hedge-Fund Laxey. Laxey halte knapp über 50% der Implenia-Aktien, sagte Laxey-Sprecher Sacha Wigdorovits zu einem Bericht der «Sonntags-Zeitung». Ein Verfahren über die Beschränkung der Stimmrechte von Laxey ist nach wie vor vor dem Zürcher Handelsgericht hängig.

Bereits 2007 hatte der Implenia-Verwaltungsrat entschieden, lediglich 4,9% der von Laxey gehaltenen Aktien als stimmberechtigt einzutragen. Wigdorovits verwies zur Begründung, weshalb Laxey trotz eingeschränktem Stimmrecht weitere Implenia-Anteile zugekauft habe, auf das laufende Verfahren vor dem Zürcher Handelsgericht. Der britische Hedge Fund hat dort die durch den Implenia-Verwaltungsrat verfügte Beschränkung des Stimmrechts angefochten. Laxey sei überzeugt, dass die Beschränkung durch den Verwaltungsrat statutenwidrig sei.

Implenia hatte in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit dem britischen Grossaktionär wiederholt bekräftigt, dass sich das Unternehmen auch in Zukunft gegen jeden unfreundlichen Übernahmeversuch zur Wehr setzen werde. Zudem erinnerte Implenia an die Feststellungsverfügung der Eidgenössischen Bankenkommision, die eine Verletzung der Meldepflicht durch Laxey beim Aufbau der Implenia-Beteiligung festgestellt hatte. Dieser Entscheid wurde inzwischen auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt, ist aber noch vor Bundesgericht hängig.

Bereits Ende Januar hatte der Verwaltungsrat mitgeteilt, dass selbst im Falle des Ausbaus der Laxey-Beteiligung auf mehr als 50% an der bisherigen Eintragungspraxis festgehalten werde. Es würden höchstens 20% eingetragen. Nur so gelte das Unternehmen weiterhin als schweizerisch beherrschte Gesellschaft. Dies sei die Grundvoraussetzung zur Weiterverfolgung des erfolgreichen Implenia-Geschäftsmodells.

		Lukoil	12
Aramco	12	Nortel	12
Citroën	12	Peugeot	12
Daimler	11	Porsche	11
EDP	13	Total	12
Imperial Tobacco	13	VW	11

Ein Überbrückungs-Fonds für die Schweizer Industrie

Swissmem gibt Idee nicht auf

(ap) Der Unternehmer und FDP-Politiker Johann Schneider-Ammann will seine Idee für einen Überbrückungs-Fonds zugunsten der Industrie, trotz negativen Reaktionen beim Bund, vorantreiben. In Interviews der «NZZ am Sonntag» und der «Sonntags-Zeitung» berichtete der Swissmem-Präsident über Verständnis für das Vorhaben auf Bankenseite. Gespräche wurden gemäss Schneider-Ammann vor allem mit den beiden Grossbanken und der Zürcher Kantonalbank geführt. Der Überbrückungs-Fonds soll jene grossen Industrieunternehmen unterstützen, die in den nächsten Monaten auslaufende Anleihen und Kredite ablösen müssen. Es geht gemäss Schneider-Ammann um bis zu 5 Mrd. Fr. – um ein Volumen, das von den Banken nicht bewältigt werden könne.

INHALT

Forcierte Gesundheitsreform in den USA
Präsident Obama setzt sich stark für eine Reform des amerikanischen Gesundheitswesens ein, stösst aber beim Senat auf Widerstand. 11

Neues Wachstumsmodell für Asien
Ökonomen machen sich dafür stark, den Konsum in Asien zu stärken und damit die Exportabhängigkeit der Region zu verringern. 12

Börsen und Märkte 13

Geld und Anlage 16